

Kommentar zu Donaths Artikel aus der Sicht einer feministischen Politökonomin

Der Artikel ›Die andere Wirtschaft: Vorschlag für eine eigenständige feministische Ökonomie‹ von Susan Donath (siehe Seite 167) ist im Jahr 2000 in einer besonderen Rubrik der ›Feminist Economics‹ erschienen, nämlich in der Rubrik ›Explorations‹, Erkundungen. In der Tat enthält der Artikel Vorschläge, Hinweise und Betrachtungen dazu, wie eine feministische Ökonomie aussehen und in welche Richtung sie weiterentwickelt werden könnte. Der Artikel bringt wichtige Aspekte der feministischen Ökonomie auf den Punkt, die ab den 1980er-Jahren von feministischen Ökonominen auf die verschiedenste Art und Weise diskutiert wurden. Im Folgenden will ich auf ein paar Aspekte hinweisen, die für mich Anlass waren, genauere *makroökonomische* Überlegungen zu den Ansätzen von Donath anzustellen, sie weiterzuentwickeln und zu beginnen, sie empirisch zu untersuchen.

Perspektivenwechsel in der ökonomischen Analyse

Der letzte Satz des Artikels von Donath lautet: »Eine explizite Fokussierung auf die andere Wirtschaft und ihre Beziehungen zur Marktwirtschaft könnte aufzeigen, was das Wesen der feministischen Ökonomie ausmacht« (Donath 2000, 122). Methodisch heisst das, von dieser anderen Wirtschaft auszugehen, sie genauer zu verstehen versuchen, und ihre Verschränkungen mit der kapitalistischen Ökonomie zu analysieren – und nicht umgekehrt feministische Fragestellungen in die Analyse der Wirtschaft des Kapitalismus miteinzubeziehen. Dieser Perspektivenwechsel ist, so meine eigene Erfahrung, in der Tat inspirierend und hat mir die Türen zu neuen Fragestellungen und ökonomischen Einsichten geöffnet. Nur ist ein solcher Perspektivenwechsel für eine Ökonomin, die sich vor allem mit makroökonomischen Zusammenhängen befasst, schwierig. Es geht um die Frage, wie die Ganzheit des Wirtschaftens gedacht wird, mit welchen Bildern implizit operiert, wie das kapitalistische Sys-

Mascha Madörin

ist Ökonomin. Sie arbeitete als Beraterin und Forscherin zu geschlechtergerechten Staatsfinanzen. Gegenwärtig forscht und unterrichtet sie zu feministischer Wirtschaftstheorie, insbesondere zur politischen und sozialen Ökonomie von Care und zur Gesundheitsökonomie.

tem und wie die Care-Ökonomie als Teil eines Ganzen gedacht wird, als Teil einer kapitalistischen Gesellschaft oder eher als Teilsystem eines Gefüges, ähnlich eines Ökosystems (Wright 2014, S. 647), in dem die kapitalistische Marktwirtschaft eine wichtige Rolle spielt, aber nicht alles dominiert. Mit ihrem Zweisektorenmodell hat Donath eher die Gefügevariante gewählt, als ein Ansatz, der die Care-Ökonomie als Subsystem des alles dominierenden Kapitalismus sieht. Das erleichtert den Perspektivenwechsel sehr.

Donath nimmt mehrere Besonderheiten der Care-Arbeit auf, wie sie von verschiedensten Ökonominnen ab den 1980er-Jahren diskutiert worden sind. Das ist nicht neu. Ihr grosses Verdienst ist es, einen analytischen Bezug zu einem grundlegenden Aspekt des kapitalistischen Wirtschaftens hergestellt zu haben, indem sie die Frage der Arbeitsproduktivität ins Zentrum ihrer Analyse stellt: »Ein wichtiges Merkmal der Arbeit in der anderen Wirtschaft ist, dass allgemein nur wenig oder kein Produktivitätszuwachs möglich ist. Tatsächlich kann dies als definierendes Merkmal der anderen Wirtschaft angesehen werden« (Donath 2000, 117), als Abgrenzungskriterium zur nicht-anderen Wirtschaft sozusagen.

Mit dieser klugen Überlegung ermöglicht Donath, die bezahlte und unbezahlte Care-Ökonomie als Ökonomie mit besonderen Logiken abzugrenzen und gleichzeitig ihre Verschränkungen mit der (kapitalistischen) Marktwirtschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. Es ist offensichtlich, dass dieser Ansatz besonders für empirische Analysen geeignet ist, weil die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), die wichtigste Datengrundlage für die bisherigen makroökonomischen Analysen, sehr stark auf die Produktivitäts- und damit die Profitfrage des Kapitalismus ausgerichtet ist. Sie enthält viele Elemente, die es ermöglichen, diese Verschränkungen der zwei Wirtschaften zu analysieren und ihre Dynamiken und Entwicklungen besser zu verstehen. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass »feministische Ökonominnen Verfahren entwickeln, um die andere Ökonomie zu vermessen« (Donath 2000, 121), und die Analysen der Besonderheiten der »anderen Wirtschaft« weiterführen. Man merkt es ihrem Artikel an: Donath ist Statistikerin und befasst sich mit Quantifizierungen und Nicht-Quantifiziertem; unter anderem hat sie sich damit befasst, wie das Aufwachsen von Kindern in der Wirtschaftstheorie (nicht) vorkommt.

Das Zweisektorenmodell von Donath

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht ist es wichtig, dass Donath – wie andere im Unterschied zu den neoklassischen TheoretikerInnen auch –

von einem Sektorenmodell ausgeht, dessen zwei Sektoren sich durch verschiedene ökonomische Logiken auszeichnen. Auch Karl Marx operierte mit einem Zweisektorenmodell (seine »Reproduktionsmodelle«), allerdings um die Dynamik des Kapitalismus verstehen zu können. Er unterschied zwischen

1. der (kapitalistischen) Produktion von Gütern, die im wortwörtlichen Sinn Lebensmittel sind und der Erhaltung von Menschen dienen, wie es Donath formulieren würde;
2. der (kapitalistischen) Produktion von Kapitalgütern, das heisst der Herstellung von Produktionsmitteln wie Maschinen, die von den Kapitalisten gekauft und verwendet werden.

Donath unterscheidet die zwei Sektoren anders als Marx. Sie unterteilt sie in

1. die Marktwirtschaft, deren Analyse Gegenstand der bisherigen Wirtschaftswissenschaften ist;
2. die »andere Wirtschaft, die sich um die direkte Produktion und Erhaltung von Menschen« (Donath 2000, 116) kümmert.

Meiner Ansicht nach sind die zwei Unterscheidungskriterien wichtig, die Donath zur Charakterisierung der »anderen Wirtschaft« im Unterschied zur Marktwirtschaft definiert: die unterschiedlichen Dynamiken der Arbeitsproduktivitäten und die von der industriellen Warenproduktion zu unterscheidende »direkte Produktion und Erhaltung von Menschen«. Mit letzterem Unterscheidungskriterium lässt sich eine Brücke zur feministischen Kritik von Marx' Zweisektorenmodell schlagen: Zum Sektor 1 der kapitalistischen Produktion von Lebensmitteln, wie er sie thematisierte, gehört auch der Sektor 1b der unbezahlten Care-Arbeit respektive der Reproduktionsarbeit. Diese dient wesentlich der Produktion und dem Unterhalt von Menschen, wozu etwa Kleider und Nahrungsmittel gehören, deren industrielle Produktion Marx interessiert hat. Den Teil »b« des Sektors 1 thematisier(t)en feministische Marxistinnen der neuen Frauenbewegung als wesentlichen Teil feministischer Ökonomie und als Lücke des marxistischen Denkens über den Kapitalismus.

Die Erweiterung der Produktionssektoren in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Marx Überlegungen zu den Reproduktionsmodellen und der systemimmanenten Krise des Kapitalismus waren seiner Zeit weit voraus, weil er die Produktion für die Kapitalisten (z.B. Maschinen) und den Konsum der ArbeiterInnen und ihrer Familien in Kreisläufen dachte

und damit Geldkreisläufe verband, in denen Einkommen für Lohnabhängige und Erträge für die Privatwirtschaft erzielt werden. Es war die Grundlage seiner Analyse der Krisenhaftigkeit, die dem Kapitalismus inhärent ist, und der beschleunigten Akkumulation des Kapitals in den Händen der Unternehmer. Es dauerte lange, um die 70 Jahre, bis WirtschaftstheoretikerInnen der westlichen Industrieländer das systematisierte Denken in Waren- und Geldkreisläufen, in Investitionen und Konsum aufnahmen. Anlass für einen diesbezüglich grossen Schub an neuen wirtschaftstheoretischen Überlegungen war der Zweite Weltkrieg. John Maynard Keynes und andere WirtschaftstheoretikerInnen in England und ihre Kollegen in den USA haben sich im Auftrag ihrer Regierungen Gedanken über die Finanzierbarkeit von Aufrüstung und Krieg gemacht. Nach bitteren Erfahrungen mit Wirtschaftskrisen in europäischen Ländern während und nach dem Ersten Weltkrieg lautete die Frage: Wie können wir für den Krieg bezahlen, ohne Wirtschaftskrisen zu verursachen? Wieviel kann für den Krieg ausgegeben, wieviel der vorhandenen ökonomischen Ressourcen für die Kriegsführung mobilisiert werden, ohne die übrige Wirtschaft zu schädigen, zu blockieren, und ohne die Bevölkerung in schwere Nöte zu bringen?

Das wirtschaftswissenschaftliche Verdienst der Analysen von Keynes, seiner KollegInnen und Zeitgenossen in den USA liegt auf zwei Ebenen: Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nur die Produktion der Privatwirtschaft berücksichtigt. Keynes hat den ›Staatssektor‹ eingeführt, wegen der Kriegs- und Rüstungsfrage eine naheliegende Denkbewegung. Sie hat zu neuen ökonomischen Einsichten verholfen und ist eine wichtige Grundlage für die Entwicklung makroökonomischer Theorien geworden, die von wirtschaftlichen Kreisläufen ausgeht.

Es gab allerdings in den 1940er-Jahren in den USA eine kritische Debatte zu diesem Einbezug des Staates in die VGR. So wurde moniert, dass es nicht richtig sei, Ausgaben für die Rüstungsindustrie als ökonomisch gleiche Kategorie anzusehen wie etwa die Ausgaben für staatliche Schulen und staatliche Spitäler. Die zentrale, erkenntnisleitende Frage beim VGR-Konzept müsse sein, wieviel der Produktion und der Dienstleistungen letztlich den Menschen zugute kommen respektive in den Haushalten landen würden, und nicht, wieviel ökonomische Ressourcen für Militär und Krieg mobilisiert werden könnten. Bis heute ist die Struktur der VGR von dieser letzten Fragestellung geprägt. Die VGR als Instrument zur Analyse der Verschränkungen der Wirtschaft mit der ›anderen Wirtschaft‹ muss also selbst umgebaut werden, damit eine solche Analyse möglich wird. Die feministische Ökonomin muss wissen,

was da mit welchem Erkenntnisinteresse und mit welchen ökonomischen Fragestellungen berechnet und in Geld quantifiziert wird (und was nicht), und weshalb die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Armee ökonomisch dasselbe sein sollen.

Eine andere Pionierin der feministischen Ökonomie, die Neuseeländerin Marilyn Waring, hat sich genau mit dieser Problematik befasst. Aus der Sicht der Care Ökonomie und der ökologischen Nachhaltigkeit untersuchte sie in den 1980er-Jahren, was denn eigentlich die VGR misst, welches ihre erkenntnisleitende Grundstruktur ist und wie die unbezahlte Arbeit und das Wohlbefinden der Menschen darin vorkommen. Der Titel ihres wegleitenden Buches von 1988 lautete: »If Women Counted. A New Feminist Economics«.

Es sind diese Abhandlungen von Donath und Waring zu einer »neuen feministischen Ökonomie«, die mich dazu gebracht haben, die VGR zu erweitern, einen Sektor der »bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit« als Produktions- und Dienstleistungssektor (nebst Landwirtschaft, Industrie, staats- und unternehmerorientierten Dienstleistungen) statistisch zu erfassen, erste Daten dazu zusammenzustellen und der Produktivitätsfrage genauer nachzugehen. Donath hat wichtige, für mich sehr animierende Vorarbeit geleistet zur Frage, wie ein solcher Sektor charakterisiert (Produktivität, Personenbezogenheit) und statistisch definiert werden sollte, und welche Gründe es gibt, einen solchen Sektor als Teil der VGR zu definieren. Die Analyse von Waring animiert dazu, sich konsequent auf die Frage der Wohlfahrt der Menschen zu fokussieren und das ökonomische Erkenntnisinteresse, das hinter Konzept und Struktur der VGR steht, zu hinterfragen. Oder anders gesagt: zu wissen, dass die Wachstumsorientiertheit im Aufbau der VGR und die Frage nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes sehr viel mit der Frage der Finanzierbarkeit von Kriegen zu tun hat respektive mit der Förderung volkswirtschaftlicher Überschüsse. (Mehr zur faszinierenden Geschichte der VGR: Waring, 1988; Lepenies, 2013; Coyle, 2014).

Was die keynesianische und die marxistische Ökonomietheorie von den meisten anderen (auch etlichen feministischen) unterscheidet, ist die Einteilung der Wirtschaft in verschiedene Sektoren mit unterschiedlichen ökonomischen Logiken. Nur sind die Kategorien der Unterscheidung in den beiden Fällen nicht dieselben. So einverstanden ich mit Donath bin, dass eine spezifische ökonomische Erzählung für die »andere Wirtschaft« zu entwickeln sei, so sehr zweifle ich an der Tauglichkeit ihres Zweisektorenmodells für makroökonomische Analysen. Ich denke, der heutige Stand der VGR ermöglicht es, die Sache anders und besser anzugehen und die Care-Ökonomie als einen unter anderen Wirt-

schaftssektoren zu sehen – allerdings als den allergrössten mit den Haushalten als bedeutendsten Produktionsorten.

Denken in wirtschaftlichen Kreisläufen

Ein neben der Erweiterung der VGR zweites grosses Verdienst von Keynes war, dass er, wie Marx, nach den wirtschaftlichen Kreisläufen gefragt hat, nach den Blockierungen der ›Realwirtschaft‹, die durch zu viel oder zu wenig Produktion von Konsum- respektive Kapitalgütern entstehen können, oder die durch die chaotischen Kreisläufe des Geldes, masslose Bankengeschäfte, durch eine verrückte Spar- oder Ausgabenpolitik des Staates und durch Verschuldung verursacht werden können. Ohne Verwertung der Arbeit und der Produkte, ohne Gewinnaussichten und ohne Geldkreisläufe gibt es keine kapitalistische Produktion von Gütern, die als Lebensmittel konsumiert oder als Kapitalgüter investiert werden können. Werden nicht genügend hohe und viele Löhne ausbezahlt, werden die industriellen Konsumgüter nicht gekauft, und wenn Kapitalisten nicht genug verdienen oder genug zu verdienen hoffen, kaufen sie keine Maschinen, um sie für eine zusätzliche Produktion einzusetzen. Die Proportionen bei den Geldflüssen, die durch die Erträge aus Verkäufen entstehen und irgendwie als Einkommen bei Lohnabhängigen, Unternehmen und beim Staat landen, müssen irgendwie mit den Proportionen der konkreten Güter und mit deren Preisen übereinstimmen. Die neoklassischen Ökonomen nehmen an, dass diese Proportionen am besten über den Markt geregelt werden können, dass Märkte als selbstorganisierende Systeme tendenziell eine Art Gleichgewicht herstellen, nicht nur zwischen den einzelnen Produktionssektoren, sondern auch zwischen der Güterproduktion und dem Konsum einerseits und den damit verbundenen Geld-Einkommensflüssen andererseits.

Andere Wirtschaftstheoretiker hinterfragen diese Behauptung einer Gleichgewichtstendenz der kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Begründungen sind dabei verschieden. Wichtig ist, zu verstehen, dass Baumol mit seiner These der auseinanderdriftenden Produktivitäten eine spezielle, wenig rezipierte ökonomische Begründung für das »ungleichgewichtige Wachstum« der Wirtschaft zur Diskussion gestellt hat, die sich laut Ansicht von Donath dafür eignet, die Dynamik der Beziehungen zwischen der Marktwirtschaft und der ›anderen Wirtschaft‹ zu verstehen. Ebenso wichtig ist, festzuhalten, dass Donath noch eine zusätzliche analytische Komplikation ins Spiel gebracht hat: die (bisher) unbezahlte Care-Arbeit und die damit verbundene Zeitökonomie.

Die Relevanz von Donaths These für eine feministische Ökonomie zukünftiger Entwicklungen

Seit den industriellen Revolutionen befassen sich WirtschaftstheoretikerInnen zwar mit der Frage, was ökonomisch respektive was mit Preisen, Löhnen und der Beschäftigung passiert, wenn infolge des technischen Fortschritts Arbeitskräfte im grossen Ausmass durch Maschinen ersetzt werden. Gegenwärtig führt diese Frage unter dem Etikett »dritte industrielle Revolution« erneut zu ziemlich kontroversen wirtschaftstheoretischen und politischen Debatten.

Was jedoch immer noch nicht diskutiert wird, auch nicht in Diskussionszusammenhängen fortschrittlicher ÖkonomInnen, ist die These von Baumol, dass es riesige, für die Wohlfahrt der Bevölkerung wichtige Sektoren gibt, deren Arbeitsproduktivität tendenziell stagniert, dass also bei einer dritten industriellen Revolution die Arbeitsproduktivitäten weiterhin massiv auseinanderdriften werden. Donath geht in ihrem Zweisektorenmodell zwar von der Baumolschen These aus, geht in ihrer Argumentation aber noch weiter. Sie kritisiert Baumols Optimismus (den er jedenfalls früher – vor der Veröffentlichung seines Buches von 2012 – vertreten hat), wonach sich die Sache schon regeln werde, weil ja die Produktion ohne zusätzliche Arbeitsanstrengungen faktisch zugenommen habe, die Kaufkraft generell steige und es uns allen, mindestens theoretisch, besser gehen sollte. Sie weist darauf hin, dass die Frage der Lohn- und Preisrelationen, der Einkommensverteilung nicht geklärt sei und damit auch nicht die Frage, wie die Leistungen des Gesundheits- oder Bildungswesens für die breite Bevölkerung oder generell Care-Arbeiten erschwinglich bleiben können, wenn sie wegen ihrer Kostenkrankheit respektive wachsender Arbeitskosten immer teurer werden. Hinzu kommen noch die Frage der Überbelastung von Frauen mit unbezahlter Arbeit und die für WirtschaftstheoretikerInnen ungewohnten Zeit- und Effizienzlogiken in der »anderen Wirtschaft«. Es ist eine Sache, wie Baumol überzeugt zu sein, dass die Wirtschaftskraft dank der wachsenden Arbeitsproduktivität in einigen Sektoren zunehmen wird und wir uns alle im Prinzip mehr denn je einen grossen Arbeitsaufwand für Bildung, das Aufziehen von Kindern, die medizinische Behandlung und Pflege von Kranken und noch eine wachsende vitale Kunstszene leisten können. Eine andere Sache ist es, Konzepte zu erarbeiten, die aufzeigen, wie es Gesellschaften organisieren und regulieren könnten oder sollten, dass die zur Genüge vorhandenen ökonomischen Ressourcen (insbesondere durch technischen Fortschritt freigesetzte menschliche Arbeitskraft) tatsächlich für ein gutes Bildungs- und Gesundheitswesen eingesetzt werden, zu dem alle Zugang haben. Der Markt wird das bestimmt

nicht befriedigend regeln können. Die Wirtschaftstheoretiker verschiedenster Denktraditionen haben hier keine Konzepte, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich nie ernsthaft mit dieser Fragestellung befasst haben und angesichts der steigenden Bildungs- und Gesundheitskosten höchstens mangelnde Wirtschaftlichkeit beklagen. Es braucht genauere empirische Analysen der Verhältnisse, Grössenordnungen und ökonomischer Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Sektoren, um eine neue feministische Ökonomie im Sinne Donaths zu entwickeln und daraus substantielle wirtschaftspolitische Folgerungen ziehen zu können. Und es braucht auch die Diskussion darüber, ob und welche der bisher unbezahlten Care-Arbeit bezahlt werden sollte und weshalb.

Wie neu dieses Denken einer feministischen Ökonomie à la Donath ist, zeigt eine verwirrende Passage in ihrem Artikel. Sie überlegt sich, welche ökonomischen Grenzen für personenbezogene Dienstleistungen bestehen. Nicht alle können in diesen Sektoren arbeiten: »Denn was eine Person an personenbezogenen Dienstleistungen kauft, muss eine andere Person erbringen, und Kinder, Kranke und Alte sind nicht in der Lage, anderen solche Dienste zu tun.« (121) Es ist eine Argumentation zur Bezahlbarkeit von Care-Arbeit, auf die ich in anderen Zusammenhängen immer wieder stosse. Das Problem dabei ist, dass Donath die (kapitalistische) Verknappung von Geldflüssen für den Staat und die Haushalte mit der Knappheit von realen ökonomischen Ressourcen (wie konkrete Arbeit und Arbeitszeit) verwechselt. Es ist doch so, dass seit der Existenz des Kapitalismus vorwiegend Frauen stets ein riesiges Volumen an unbezahlter Arbeit erbracht haben, nicht zuletzt auch für Kinder, Kranke und Alte. Man(n) hat sich unbezahlt arbeitende Frauen immer geleistet und leisten können. Die Frage lautet: Weshalb soll man sich nicht auch die Bezahlung dieser Arbeit leisten können oder wollen, wenn sie ja ohnehin getan wird? Es geht hier nicht – wie bei der keynesianischen Frage zur Kriegsökonomie – darum, ökonomische Ressourcen für eine zusätzliche Aufrüstung, die Entwicklung von neuen Panzern und Atombomben zu mobilisieren und möglichst nicht allzu viele aus anderen Bereichen der Produktion abzuziehen. Es geht unter anderem darum, eine adäquate Finanzierung der Arbeit, an der nicht gespart werden sollte und die im Wesentlichen schon geleistet wird und gefördert werden sollte, zu ermöglichen. Donath verwechselt die institutionellen Grenzen der Geldökonomie mit der Zeitökonomie, Geld mit realen wirtschaftlichen Ressourcen und kapitalistische Verwertungs- mit Produktionsprozessen.

Die Analyse der Verschränkung von Geld- und Zeitökonomie und der damit verbundenen Produktionsverhältnisse und Verwertungsprozesse

ist eine der schwierigsten Punkte der feministischen Ökonomie, nicht weil sie ein spezielles Problem der feministischen Ökonomie wäre, sondern weil sie einer schwierigen Analyse nicht ausweichen kann. Das Nebeneinander von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit in der ›anderen Wirtschaft‹ wirft Fragen auf, welche die WirtschaftstheoretikerInnen verschiedenster Denktraditionen schlicht nicht stellen, solange sie die unbezahlte Arbeit nicht interessiert und solange für sie keine ›andere Wirtschaft‹ existiert, die sie zu neuen wirtschaftstheoretischen Überlegungen zwingt. Man kann auch darauf beharren, Wirtschaftstheorien ausschliesslich als Theorien der Marktwirtschaft oder der kapitalistischen Verwertung zu thematisieren. Damit erübrigen sich viele – fast alle – Überlegungen, die Donath in ihrem Artikel kurz darlegt oder antönt.

Wie die Frage der Kriegsfinanzierung in den 1940er-Jahren zu einem Entwicklungsschub in der makroökonomischen Theoriebildung führte, könnte vielleicht eine abgewandelte Frage zu einem Schub in der feministischen makroökonomischen Theorie führen. Abgewandelt könnte die Frage lauten: Wie können wir für das Bildungswesens, das Aufziehen von Kindern und für das Gesundheits- und Sozialwesen bezahlen? Daraus würde weiter die Frage folgen: Wie müsste eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aussehen, in der die ›andere Wirtschaft‹ adäquat abgebildet ist und die um die unbezahlte Arbeit erweitert wird? Und wie müssten Geldkreisläufe analysiert und staatliche Care-Leistungen abgebildet werden? Sowohl Baumol als auch Donath betonen: Der Staat muss für die kollektive Finanzierung von Care-Arbeit sorgen respektive diese Leistungen teilweise selbst erbringen. Das Ganze lässt sich nicht über die regulären individuellen (Lohn- und Renten-)Einkommen der Haushalte finanzieren, nicht einmal im Fall mittelständischer Einkommen. Ohne kollektive Finanzierung gibt es kein breit zugängliches Bildungs-, Kinderbetreuungs- oder Gesundheitswesen. Und schon gar keine Geschlechtergerechtigkeit. Damit ist klar, dass die feministische Ökonomie sich notwendigerweise mit den Theorien öffentlicher Finanzen, dem steigenden Finanzierungsbedarf befassen muss. Möglicherweise würde dies die Tür öffnen für die Entwicklung einer neuen feministischen Theorie öffentlicher Finanzen und einer feministischen Geldtheorie.

Es ist sehr erfreulich, dass Donaths inspirierender Artikel nun in Deutsch erscheint. Er ist leicht verständlich und kann deshalb in Kursen und im universitären Unterricht leicht eingesetzt werden. Auf jeden Fall gehört er weit oben auf die Liste empfehlenswerter Artikel der feministischen Ökonomie.

Literatur

- Baumol, William J. (2012): *The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't*. Yale University Press, New Haven, London.
- Coyle, Diane (2014): *GDP. A Brief but Affectionate History*. Princeton University Press, Princeton/Oxford.
- Donath, Susan (2000): *The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics*. In *Feminist Economics* 6(1), 2000, S. 115 – 123.
- Lepenius, Philipp (2013): *Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*. Edition Suhrkamp 2673, Berlin.
- Waring, Marilyn (1988): *If Women Counted. A New Feminist Economics*. Harper & Row, San Francisco.
- Wright, Erik Olin (2014): *Die Überwindung des Kapitalismus*. In: Herzog, Lisa; Honneth, Axel (Hg.): *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Diskurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 2065, Berlin.